

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929**

31.5.1929 (No. 123)

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Verantwortlich
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Klenz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einchl. Zustellgebühr. - Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. - Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturvorfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. - Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. - Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralfachregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die englischen Wahlen

Niederlage der Konservativen

W.D. London, 31. Mai (Tel.) Die Wahltagung am 12.15 mittags war folgende: gewählt sind 80 Konservative (Nettoverlust 53), 122 Arbeiterpartei (Nettogewinn 55), 15 Liberale (Nettoverlust 1), 5 Unabhängige.

Für die Parteien wurden nach den bisher vorliegenden Berichten an Stimmen abgegeben: Arbeiterpartei 3 294 175, Konservative 2 893 569, Liberale 1 623 542.

Bei den letzten Wahlen hatten die Konservativen 413, die Arbeiterpartei 150 und die Liberale 40 Sitze errungen.

Die Wahlsituation

Da noch nahezu 400 Wahlergebnisse bekanntgegeben werden müssen, bevor das Verhältnis der verschiedenen Parteien zueinander feststeht, richtet sich das Interesse vor allem auf die Fragen, ob der Angriff der Arbeiterpartei, der in so vielen industriellen Wahlkreisen erfolgreich war, auch in den Grafschaften und in den noch ausstehenden städtischen Wahlkreisen erfolgreich sein wird. Macdonald hat erklärt, die Ergebnisse seien georgartig. Die Regierung habe das Vertrauen des Landes verloren, und die Arbeiterpartei habe es gewonnen. Bisher sind 3 Frauen wiedergewählt und eine ist neu gewählt. In London sind die Bezirke Chelsea und City konservativ geblieben, in verschiedenen anderen Kreisen des Bezirkes ist die Arbeiterpartei erfolgreich gewesen. In Birmingham hat die Arbeiterpartei, die bisher nur einen Sitz hatte, im ganzen 6 Sitze gewonnen. Von den 5 Wahlkreisen Westholts sind 4 der Arbeiterpartei zugefallen. Von den 11 Wahlkreisen Liverpool sind 9 unverändert geblieben, in zweien hat die Arbeiterpartei die Konservativen geschlagen.

Einzelsergebnisse

Der Außenminister in der konservativen Regierung, Sir Austen Chamberlain siegte in seinem Wahlkreis Birmingham-West gegen den Arbeiterkandidaten mit einer Mehrheit von nur 43 Stimmen. Die Arbeiterpartei gewann nicht weniger als vier Sitze in dem konservativen Vorkwahl Birmingham. Das konservative Parlamentsmitglied Lady Astor wurde in ihrem Wahlkreis Plymouth mit einer Mehrheit von nur 211 Stimmen wiedergewählt, während ihre Mehrheit im Jahre 1924 5079 betrug. Wiedergewählt wurde der Arbeiterführer Wedgwood. Seine Mehrheit erhöhte sich von 3801 auf 11 320, der Arbeiterführer Clynes, dessen Mehrheit im Jahre 1924 sich von 1006 auf 6846 erhöhte, Lord Eustace Percy (Minister im konservativen Kabinett), Johnson Dicks (kons. Innenminister), dessen Mehrheit, die im Jahre 1924 10 944 Stimmen betrug, auf 5966 Stimmen zurückgegangen ist, der Arbeiterführer Arthur Henderson, dessen Mehrheit von 4465 auf 7954 gestiegen ist, der konservative Luftfahrtminister Sir Samuel Hoare (mit einer etwas erhöhten Mehrheit), der konservative Kriegsminister Evans, der Arbeiterführer Bonson (der seine Mehrheit von 2345 auf 10 449 Stimmen erhöht hat).

Der Attorney-General in der konservativen Regierung Thomas Inskip, wurde durch eine Mehrheit von 4226 geschlagen (ein Arbeiter Sieg gegen die Konservativen). Inskip hatte bei der letzten Wahl eine Mehrheit von 3159 Stimmen. Gewählt wurde der Arbeiterkandidat Oliver Baldwin, Sohn des konservativen Premierministers. Der bisherige einzige kommunistische Abg. Saklatvala ist gegen den Arbeiterkandidaten im Wahlkreis Battersea North, der von den Konservativen, der Arbeiterpartei, den Liberalen und Kommunisten umstritten wurde, unterlegen.

Die Finanzlage der Reichsbahn

Vom 27. bis 29. Mai tagte in Berlin der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Der Geschäftsbericht und die Bilanz für das Jahr 1928 wurden, wie die Gesellschaft mitteilt, genehmigt und die Ausschüttung einer Dividende von 7 Prozent auf die ausgegebenen Vorkursaktien sowie 1/5 beschlossen.

Die Finanzlage im verflochtenen Geschäftsjahr war stark angepannt. Das Gleichgewicht zwischen Betriebsverhältnissen und Betriebsausgaben und die Erfüllung der der Reichsbahn auferlegten besonderen Verpflichtungen konnte nur durch eine unerwünschte Einschränkung der Sachausgaben erreicht werden. Die ersten 4 Monate des laufenden Geschäftsjahres 1929 haben, beeinflusst durch die Wirtschaftsdpression und durch den langen und starken Frost, die in Rechnung gestellten Mehreinnahmen nicht gebracht. Die Einnahmen sind bis zum 1. Mai um rund 30 Millionen Reichsmark gegen den Vorschlag zurückgeblieben, während die Ausgaben durch den Frost gesteigert wurden. Bei dieser ungünstigen Finanzlage ist es nicht möglich, einer Erhöhung der Personalausgaben zuzustimmen, wie sie bei Durchführung des Schiedspruchs im Arbeiterlohntreit entstehen würde. Sie beläuft sich an reinem Lohn auf 43,2 Millionen Reichsmark. Hinzu kommen noch andere Aufwendungen auf dem Personalgebiet, die mit mindestens weiteren 10-12 Millionen Reichsmark zu veranschlagen sind. Eine Deckung für diese Mehrausgabe ist bei den geltenden Tariffähigkeiten nicht vorhanden. Eine weitere Einschränkung der jetzt schon zu stark gedrohten sachlichen Ausgaben ist unmöglich. Der Wettbewerb des Kraftwagens mit der Eisenbahn beschäftigte den Verwaltungsrat eingehend.

Ergebnislose Tarifverhandlungen in der Eisen- und Stahlindustrie. Die Verhandlungen über eine Heraufhebung der Löhne in der nordwestdeutschen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie, die am Donnerstag in Essen stattfanden, wurden nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen.

Letzte Nachrichten

Wiederezusammentritt des Reichstags

Reichstag und Reparationen

M. Berlin, 31. Mai (Priv.-Tel.) Die Reaktung der Reparationen wird sehr große gesetzgeberische Änderungen zur Folge haben, die am 1. September eintreten müssen. Infolgedessen wird damit gerechnet, daß der Reichstag von jetzt an ununterbrochen bis tief in den August hinein arbeiten muß. Notwendig sind u. a. Änderungen des Reichsbankgesetzes und des Reichsbahngesetzes. Man rechnet damit, daß beim Reichsbankgesetz voraussichtlich an Stelle des Reichsbankkommissars ein Direktor der neuen Reparationsbank treten wird. Dagegen glaubt man nicht mehr, daß ein voller Verzicht auf die Verpfändung gewisser Reichseinnahmen in Paris zu erreichen sein wird.

Der Reichstag wird am Montag, den 3. Juni, nachmittags, seine Plenarsitzungen wieder aufnehmen. In Fortsetzung der Etatsberatungen wird zunächst der Etat des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft in Verbindung mit dem landwirtschaftlichen Landprogramm beraten werden. Wann der Etat im Plenum erledigt werden kann, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen, obwohl der Ältestenrat schon in seiner letzten Sitzung Abendstunden des Plenums in Aussicht genommen hat.

Verlängerung der Zeichnungsfrist für die Reichsanleihe

W.D. Berlin, 31. Mai. (Tel.) Der Schlußtermin der heute ablaufenden Zeichnungsfrist für die neue Reichsanleihe ist bis 8. Juni verlängert worden.

Neue Erkrankung des englischen Königs

Br. London, 31. Mai. (Priv.-Tel.) Das Befinden des englischen Königs, der auf neue erkrankt ist, gibt zu ersten Besorgnissen Anlaß. Außerlich tritt das dadurch in Erscheinung, daß der Leibwächter aus Paris im Flugzeug nach London zurückkehren mußte, und daß der Regenschafter einberufen worden ist.

Stagerat-Freier der Reichsmarine

W.D. Kiel, 31. Mai (Tel.) Am heutigen Tage fährt sich zum 13. Male der Tag der Seeschlacht im Stagerat. Aus diesem Anlaß fand heute vormittag auf dem Garnisonfriedhof eine Gedächtnisfeier an den Gebliebenen der Gefallenen statt, an der Abordnungen aktiver und inaktiver Offiziere und Mannschaften sowie die Hinterbliebenen in großer Zahl teilnahmen. Anschließend nahm der Stationschef, Konteradmiral Hansen, auf dem Flantern-Platz eine Parade der See- und Luftstreitkräfte ab. In seiner Ansprache gedachte Konteradmiral Hansen des Führers in der Schlacht, des verstorbenen Admirals Scheer, und mahnte zur Geschlossenheit und Opferbereitschaft des deutschen Volkes, damit die Kräfte, die uns zur Stagerat-Schlacht befähigten, unser Volk wieder groß, stark und frei machen können.

Erinnerungsfeiern der deutschen Vereine

W.D. New York, 31. Mai. (Tel.) Anlässlich des Memorial day veranstalteten die hiesigen deutschen Vereine Feiern, vor den Denkmälern von Carl Schurz und Franz Sigel unter Beteiligung einer Abordnung der Bundesstruppen. Vor dem Sigel-Denkmal, das am Hudson liegt, feuerte ein Kreuzer einen Ehrensalut ab. In Chicago marschierten die Veteranen der deutschen Feldzüge mit in der Parade. Sie wurden von den Zuschauern lebhaft begrüßt.

89 Milliarden Nationaleinkommen in Amerika

W.D. Washington, 31. Mai. (Tel.) In einer Sonderbeilage des Berichts Hoover über die wirtschaftlichen Veränderungen der Vereinigten Staaten wird das Nationaleinkommen im Jahre 1928 auf 89 Milliarden Dollar, d. h. 745 Dollar pro Kopf, geschätzt.

Weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit

Die endgültigen Zahlen über die unterstützten Arbeitslosen am 15. Mai zeigen, daß die Arbeitslosigkeit in der ersten Hälfte des Mai weiter erheblich zurückgegangen ist. Die Abwärtsbewegung war, wie nach den Meldungen der Landesarbeitsämter zu erwarten, nicht ganz so stark wie in der zweiten Hälfte des April, da der Massenbedarf in den alten Berufen im wesentlichen gedeckt war. Immerhin ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Zeit vom 1. bis 15. Mai von rund 1 126 000 auf rund 927 000 gesunken. Der Rückgang beträgt also 199 000 oder 17,8 Prozent. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge hat sich wiederum kaum geändert (198 887 am 15. Mai, gegenüber 198 780 am 30. April).

An Kostensparmaßnahmen aus der Arbeitslosenversicherung und aus der Krisenfürsorge wurden am 15. Mai 104 000, gegen 93 000 am 30. April, gezahlt.

Nach den vorläufigen Mitteilungen der Landesarbeitsämter ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen auch in der Zeit bis zum 25. Mai wiederum zurückgegangen. Sie dürfte gegenwärtig etwa 850 000 betragen.

Wirtschaftliche Umschau

Ford und J. G. Farben - Um die Führung in der Waggonindustrie - Der Füllfederhalter

Die beiden gewaltigen Autofirmen Amerikas, Generalmotors, die nun die Mehrheit der Opelwerke in Rüsselsheim in Händen haben, und Ford, der seit 1926 in Berlin-Wilhelmssee in einem großen Fabrikbetrieb seine Autos herstellt, sind Konkurrenten. Sie sind aber in Deutschland gerade entgegengesetzt vorgegangen. Während Generalmotors das größte deutsche Autowerk einfach übernommen, hat Ford nun für seine Berliner Fabrik deutsches Kapital hinzugezogen und klabfichtigt ferner, noch in diesem Jahre eine weitere Fabrik (wie es heißt in Bayern, man spricht von Regensburg) einzurichten. Mit Staunen erfährt man dieser Tage, daß der Deutsche Farbentruft, die J. G. Farben und ihr nachfolgende Gruppen, 40 Proz. des sich auf 15 Millionen belaufenden Aktienkapitals der Berliner Ford A.-G. übernommen haben, ein Vorgang, der auch infolgedessen bemerkenswert ist, als Ford in England im Interesse seiner Bekanntheit und Popularität seine Aktien in möglichst viele Einzelhände brachte und auch die nun von der J. G. Farben übernommenen Aktien zuerst zur öffentlichen Zeichnung bestimmt waren.

Wieder etwas Neues fügt damit die J. G. Farben ihrer vielseitigen und enorm ausgedehnten Betätigung hinzu. Sie kam mit Ford bereits in Verbindung bei der vor einiger Zeit erfolgten Gründung der American J. G. Chemical Corp., zu deren Geldgebern er neben der Standard Oil Co. of New-Jersey gehörte. Hier wird man u. a. J. G. Farbenpatente bei der Herstellung von Benzin aus Kohöl verwenden. Ford hat aber auch Interesse an dem neuen Leichtmetall der J. G. Farben, Elektron, einer Magnesiumverbindung, sowie Farben und Runkeladen. Die anlässlich der Transaktion gemachten Mitteilungen kündigen an, daß man in den deutschen Ford-Fabriken soweit als möglich deutsches Material verwenden will, nicht nur für die Wagenfabrikation in Deutschland, sondern auch für den Export von Material und Zubehör an andere Ford-Fabriken in der ganzen Welt. U. a. ist für den Fordson Traktor, der in Irland hergestellt wird, die Bosch-Magnetzündung vorgesehen. Ford erklärt somit, daß er Großabnehmer von Erzeugnissen der deutschen chemischen und mechanischen Industrie werden wolle. In die deutsche Ford-A.-G. ist Geheimrat Bösch von der J. G. Farben als Aufsichtsratsvorsitzender eingetreten.

Die amerikanische Gründung der J. G. Farben findet in Amerika übrigens scharfe Gegner durch die American Chemical Foundation, die seinerzeit während des Krieges zur Verwertung der damals beschlagnahmten Farbenpatente ins Leben gerufen worden war. Auch die Konkurrenten Fords, die Generalmotors, stehen in Verbindung mit chemischen Großkonzernen, wie dem englischen Farbentruft. Es handelt sich hier sichtlich um Vorgänge von weltwirtschaftlicher Bedeutung, die aber durchaus nicht auf einen gegenseitigen Vernichtungskampf hinauszu führen brauchen.

In der Generalversammlung der Waggonfabrik Gebr. Schöndorff A.-G. in Düsseldorf haben bekanntlich die Anträge auf Kapitalerhöhung zur Sanierung der Fuchs-Waggonfabrik Seidelberg und der Norddeutschen Waggonfabrik Bremen nicht die genügende Mehrheit gefunden, da die Westdeutsche Waggonfabrik in Köln, die etwa 25 Proz. des Kapitals von Gebr. Schöndorff besitzt, dagegen stimmte, um diesen Konzernplan zu verhindern. Die Sanierung in Seidelberg ist jedoch dadurch gesichert, daß nun ein Bankkonsortium statt der Gebr. Schöndorff die Kapitalerhöhung durchführt und die 1,82 Millionen neue Fuchs-Aktien erwirbt. Die Seidelberger Fabrik, die zur Zeit für etwa 2 1/2 Millionen Aufträge und weitere Aufträge in gleicher Höhe zu erwarten hat, wenn der 100-Millionen-Bankkredit perfekt werden sollte, hat bereits mit der Wiedereinstellung von Arbeitern begonnen.

Der Westdeutsche Waggontrukt (Bereinigte Westdeutsche Waggonfabriken A.-G. in Köln) hat offenbar in der Erhaltung der badischen Waggonquote eine Durchkreuzung seiner Pläne. Gätte Fuchs liquidiert, wäre dessen Waggonquote von 3,39 Proz. auseinandergefallen, da der hiesige Anteil von 1 Proz., der aus dem Übergang der Rhein-Neckarbahn an das Reich resultiert, der

dem westdeutschen Waggontrust, angehörenden Waggonfabrik Gebr. Castell, Rombach-Mainz zugefallen wäre und man auch die Einbeziehung der durch den Anfall der gesamten badischen Quoten gestärkten Waggonfabrik Kistalt plante.

Diese Vorgänge, die einen Kampf um die Führung erschichtlich machen, geben auch einen Hinweis auf die Ursache der Hindernisse, die dem seit langem geplanten inländischen Quotenverband für das freie Waggongeschäft entgegenstehen. Die Folge davon ist, daß die internationalen Waggonverhandlungen, durch welche die ständigen bisherigen Exportverluste der deutschen Waggonindustrie beseitigt werden könnten, sich immer noch im Stadium der Vorbesprechungen befinden. Der freie Waggonverband scheiterte bereits einmal zu Beginn des Vorjahres an dem Widerstand der Straßenbahnen, welche die Einräumung einer Selbstkostenkontrolle verlangten und mit dem gemeinsamen Anlauf der Waggonfabrik drohten. Auch die Verhandlungen über den 100-Millionen-Lieferungsfredit der Waggonfabriken an die Reichsbahn scheinen nicht vorwärts zu kommen, was sowohl eine Folge der allgemein schwierigen Lage des Kreditmarktes ist, wie auch dadurch mit erklärt werden kann, daß sich die Einigung der Großbanken verzögert, die hinter den um die Führung ringenden Waggonkonzernen stehen.

Der Konkurs der Füllfederhalterfabrik Koch, Weber & Co., A.-G. Heidelberg (Raweco) ist auf die deutsche Kapitalarmut und die übermächtige amerikanische Konkurrenz zurückzuführen. Die Raweco-Fabrik wurde bereits im Jahre 1883 begründet und baute ihr Produkt, den Füllfederhalter, immer mehr aus, bis er schließlich als begehrter Gebrauchsgegenstand im Inland und Ausland sich durchsetzte. Seit dem Krieg betrieb die Firma auch die Goldfedernfabrikation. Ihre finanziell ungenügende Kapitalbasis bedingte aber bereits 1927 ein Verleihenverfahren, und auch die damals erfolgte Sanierung erwies sich als ungenügend, da der größte Teil des wiedererhöhten Kapitals den Gläubigern zufloß und das notwendige Betriebskapital fehlte. Gegen die mit Niefenmitteln betriebenen Reklame der amerikanischen Konkurrenz hatte die Firma, worüber sie schon in ihrem Geschäftsbericht von 1927 klagte, einen immer schwereren Stand, namentlich wegen der notwendigen Umstellung in der Materialbeschaffung. Die Firma, die zur Zeit mit etwa 200 Angestellten und Arbeitern noch fortarbeitet, in den sechs Monaten Oktober 1928 bis März 1929 einen Umsatz von 556 000 M hatte und über modern eingerichtete und umfangreiche, jedoch nicht voll ausgenützte Anlagen verfügt, hat, da jetzt mit einer Stilllegung zu rechnen ist, sich zu Kündigungen ihres Personals entschließen müssen.

Hauptstich der Füllfederhalterfabrikation in Deutschland ist Heidelberg und die Nachbargemeinde Dossenheim. In Heidelberg befanden zeitweise bis sieben derartige Spezialfabriken, darunter zwei Großbetriebe, von denen der eine Raweco ist. Von diesen Fabriken hat sich schließlich außerdem nur noch Böhler & Cie., A.-G. in Dossenheim erhalten, die erst 1919 gegründet wurde, und in Verbindung mit der amerikanischen Füllfederhalterfabrik Parker trat, nachdem sie 1924 eine aufs modernste eingerichtete Fabrik bezogen hatte. Sie hat schließlich ihre Firma in Parker A.-G. mit einer Tochtergesellschaft, der Osma G. m. b. H., geändert, die eine eigene, große, auch über das Ausland sich erstreckende Verkaufsorganisation besitzt und Millionenumsätze hat. Die Herstellung dieser Füllfederhalter soll demnächst ganz in Deutschland erfolgen, während bisher Teile von Füllfederhaltern aus Amerika bezogen wurden.

## Der sozialdemokratische Reichsparteitag

### Wiederwahl des Parteivorstandes

W.D. Magdeburg, 31. Mai. (Tel.) Auf dem sozialdemokratischen Parteitag wurde heute der Parteivorstand in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Von insgesamt 386 Stimmen erhielten die beiden jetzigen Vorsitzenden, Wels und Crispian, 306 Stimmen bzw. 278 Stimmen. Der Rest des dritten Vorsitzenden wurde für den Reichsfunkler offengelassen.

### Abstimmungen

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg gab es am Mittwoch und Donnerstag ausführliche Debatten. Der revidierte Entwurf der Wehrkommission wurde mit 244 Stimmen gegen 147 Stimmen angenommen. Damit sind alle übrigen Anträge zum Wehrprogramm abgelehnt.

Alle mit der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung zusammenhängenden Anträge wurden der Fraktion überwiesen, ferner die Anträge auf Erhöhung der Versicherungspflicht der Krankentassen, desgleichen Anträge auf Überhebung der Höhe und ein Antrag, der gegen den Abschluß von für die Arbeiter ungünstigen Handelsverträgen gerichtet ist, sowie Anträge über Pensionen, Wohnungsbau und Wiedereinstellung in der Reichs- und den Länderregierungen bei wichtigen Entschlüssen zuvor die Fraktion zu hören, desgleichen ein Antrag, der grundsätzliche Unvereinbarkeit von Parlamentsmandaten und Geschäftstätigkeit unter bestimmten Bedingungen ausspricht. Annahme fand ein Antrag auf Vereinheitlichung der Krankenversicherung, sowie ein Antrag auf Wiederangleichung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des Saargebietes an das Reich.

Im Osnabrücker Bauernprozess. Wegen der Kundgebungen vor dem Osnabrücker Gerichtsgebäude am 8. Januar wurden von den 57 Angeklagten elf freigesprochen, die übrigen zu je 100 M Geldstrafe oder einer Woche Gefängnis und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, der Freispruch der elf Angeklagten habe erfolgen müssen, da eine Teilnahme an den Kundgebungen nicht erwiesen sei. Von Gefängnisstrafen sei abgesehen worden, da die Handlung nicht aus erschwerter Stimmung erfolgt sei, sondern die Notlage der Landwirte berücksichtigt werden müsse.

## Teileinigung in Paris

### Übereinstimmung in der Zahlenfrage

Am Mittwochabend wurde auf neue amerikanische Vermittlung hin eine prinzipielle Einigung in der Zahlenfrage erzielt. Es wurde folgendes von den Delegationen gemeinsam verabredetes Communiqué ausgeben:

„Die Sachverständigen der Gläubigermächte und die deutschen Sachverständigen haben sich schon seit einiger Zeit bereit erklärt, die Annuitätssumme von 2050 Millionen Reichsmark, wie sie vom Vorsitzenden vorgeschlagen ist, anzunehmen, obwohl bezüglich einiger Fragen noch Meinungsverschiedenheiten bestanden. Diese Meinungsverschiedenheiten sind jetzt gelöst und eine Auslegung, die sowohl für die Gläubiger, wie für Deutschland annehmbar ist, ist gefunden worden, vorbehaltlich allerdings der Einigung über die ungelärten Bedingungen, deren Entscheidung noch offen steht.“

Nach diesen vorläufigen Vereinbarungen würde Deutschland folgende Summen zu zahlen haben:

Vom 1. April bis zum 1. September 1929: 1200 Millionen Reichsmark, und zwar 1050 Millionen Daweszahlungen und die in dieser Zeitperiode fällig werdende zweite Rate der Industrieobligationen mit 150 Millionen Reichsmark.

Die eigentlichen Young-Zahlungen gestalten sich folgendermaßen:

von	bis	1929	bis	1930	742,8 Mill.
1. April	31. März	1931	1707,9	„	
1. April	31. März	1932	1685,0	„	
1. April	31. März	1933	1738,2	„	
1. April	31. März	1934	1804,3	„	
1. April	31. März	1935	1866,9	„	
1. April	31. März	1936	1892,9	„	
1. April	31. März	1937	1939,7	„	
1. April	31. März	1938	1977,0	„	
1. April	31. März	1939	1994,3	„	
1. April	31. März	1940	2042,8	„	

Vom 11. Jahr an ist somit die 2-Milliarden-Grenze erreicht. Dann steigen die Ziffern langsam an und bleiben auf einer ungefähren Höhe von 2,2 bis 2,3 Milliarden Reichsmark, so daß die Durchschnittszinsrate innerhalb der 37 Jahre von 1928,8 Millionen (ohne Dawesanleihe) erreicht ist.

Der Dawesplan läuft weiter bis zum 1. September und wird dann von dem neuen Zahlungsplan abgelöst. Sollten bis zum 3. September die Regierungsverhandlungen nicht beendet sein, dann würde für das Inkrafttreten des Young-Plans ein zweiter Zeitpunkt angenommen werden, doch würde das, was am Mittwoch ausdrücklich festgelegt wurde, an der Höhe der deutschen Jahreszahlungen nichts ändern.

### Die deutschen Vorbehalte

Unberührt sind noch die deutschen Vorbehalte. Es wurde beschlossen, in besonderen Unteranschüssen in einen Kontrakt der Meinungsäußerung mit den deutschen Delegierten einzutreten. In den Vorbehalten ist zu bemerken, daß jedenfalls folgende vier Fragen in Paris noch unerledigt sind:

1. Das Zahlungsmoratorium,
2. Die Freigabe des deutschen Eigentums im Ausland, soweit es noch nicht liquidiert ist;
3. Der Verzicht der Gläubigermächte auf die Reichsbahn als Pfand (daß die Industriebelastung wegfällt, steht seit langem fest);
4. Die Frage, auf welche Weise die Zahlungen der letzten 21 Jahre, also vom 37. bis zum 58. Jahr, erfolgen sollen. Bekanntlich wünschen die deutschen Sachverständigen, daß diese Zahlungen aus den Einkünften der zu gründenden internationalen Ausgleichsbank, sowie aus Leistungen, der Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns aufgebracht werden.

Daß neben den obengenannten Zahlen noch die Befugungskosten besonders bezahlt werden müßten, scheint ausgeschlossen. Die Befugungskosten waren in den Daweszahlungen enthalten und auch in den Youngischen Zahlen. Übrigens ist dies eine Frage für die Gläubigermächte, die Deutschland direkt nichts angeht.

Eine Bestimmung darüber, daß etwa bei der vollständigen Ablösung der beiden Pläne am 1. September eine Räumung in Aussicht genommen ist, dürfte wohl nicht in den Abmachungen enthalten sein. Es ist die Bestimmung enthalten, daß die Sachverständigen einen Bericht an die Regierungen und an die Reparationskommission machen. Es wird dann Aufgabe der Regierungen sein, weitere verbindliche Abmachungen über die Ausführungen zu treffen.

Wahrscheinlich wird eine Änderung der Bestimmungen über die Industrieobligationen und des Reichsbahngesetzes notwendig werden. Die Zahlungen der Reichsbahn werden an innere Stellen gehen. Das Reich wird mit seinem Budget den Gläubigern gegenüber haften.

### Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages ist zu Dienstag, den 4. Juni, vormittags 10 Uhr einberufen worden. Als einziger Punkt steht die Beratung der Ergebnisse der Sachverständigenkonferenz in Paris auf der Tagesordnung. An der Sitzung wird voraussichtlich Reichsaussenminister Dr. Stresemann teilnehmen, da zunächst Staatssekretär v. Schubert zu der Tagung des Völkerbundesrates nach Madrid fährt.

### Die französische Regierung und der Zahlentompromiß

W.D. Paris, 31. Mai. (Tel.) Die „Victoire“ will die Mitteilung erhalten haben, daß die Regierung sich im Verlaufe des gestrigen Kabinettsrates mit dem Zahlentompromiß der Reparationsfachverständigenkonferenz beschäftigt und bereits jetzt die vorgeschlagenen Ziffern gebilligt habe.

### Das belgische Wahlergebnis

Nach dem endgültigen Ergebnis der am Sonntag vollzogenen Parlamentswahlen in Belgien wird die belgische Kammer sich folgendermaßen zusammensetzen: Sozialisten 70 (bisher 78), Katholiken 75, darunter ein unabhängiger Katholik (78), Liberale 29 (23), Kommunisten 1 (2), Frontisten 12 (6). Die aus Katholiken und Liberalen bestehende Regierungsmehrheit ist also von 101 auf 104 gestiegen.

### Beilegung des Sprachenkonflikts in Böhmen

Der Sprachenkonflikt in der böhmischen Landesvertretung, der am Mittwoch zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Angehörigen der deutschen und der tschechischen Parteien und zu einer Unterbrechung der Sitzung führte, wurde durch ein Abkommen, das zwischen den Klubobmännern getroffen wurde, beigelegt. Danach müssen die deutschen Landesauschüsse oder Mitglieder der Landesvertretung oder der Kommissionen Referate in der Staatsprache erstatten und können dann eine freie Übersetzung in der Minderheitensprache beifügen. Die gleiche Bestimmung gilt auch für die Debatten. Konkrete Anträge werden nur in der Staatsprache vorgelegt. In diesem Falle soll auch in den Bezirks- und Gemeindevertretungen mit den Minderheiten verfahren werden.

## Aus der Praxis der Kartellaufsicht

Von Oberregierungsrat Dr. E. Klok, Karlsruhe

### III.

### Künftige Entwicklung

Das Problem der ganzen Kartellaufsicht und Kartellrechtsprechung hat auch einen wichtigen Beratungsgegenstand auf dem letzten Deutschen Juristentag in Salzburg (September 1928) gebildet und zu formulierten Beschlüssen geführt, die auf die endgültige Gestaltung der Kartellgesetzgebung voraussichtlich nicht ohne Einfluß sein werden. Einbezogen in die Beratung wurde auch die Frage der Reform der österreichischen Kartellgesetzgebung als ein Bestandteil der allgemein angestrebten Rechtsangleichung. Das Ergebnis dieser Beratung kann dahin zusammengefaßt werden, daß die Notwendigkeit einer Verwaltungsaufsicht über die Kartelle und marktbeeinflussende Großunternehmungen anerkannt wird, daß diese Aufsicht — nicht, wie vielfach verlangt wird, einem besonderen Kartellamt als neu zu bildender Behörde —, sondern nach wie vor dem wirtschaftspolitisch verantwortlichen Reichswirtschaftsminister zustehen soll, welcher von einem unabhängigen Sachverständigenausschuß zu beraten sei. Die Mittel der Aufsicht sollen in der Befugnis bestehen, von den genannten Wirtschaftskörpern Auskünfte und Vorlage ihrer Beschlüsse vor dem Inkrafttreten aus dringenden Interessen der Gesamtwirtschaft zu verlangen. Im übrigen soll sich die Reichsaufsicht auf eine wirtschaftliche Beeinflussung im Wege vertrauensvoller Verhandlungen beschränken, jedoch unter Wahrung der berechtigten Belange des betreffenden Wirtschaftszweiges und unter Berücksichtigung dringender Interessen der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls. Als gesetzlich festzulegende Verwaltungsmaßnahmen wurden vorgeschlagen: Auflösung von Kartellen unter Strafandrohung, Nichtigerklärung von Verträgen oder Beschlüssen (ganz oder teilweise), Unterjogung der Durchführung bestimmter Maßnahmen. Gegen die Anordnung des Reichswirtschaftsministers soll die Beschwerde an das Reichsverwaltungsgericht gegeben sein, das nach Anhörung des Sachverständigenausschusses über die Zulässigkeit des Verwaltungsaktes zu entscheiden hat.

Soweit wird die öffentlich-rechtliche Seite des Kartellproblems behandelt und unter scharfer Trennung hiervon zur privatrechtlichen Seite die Forderung erhoben, daß für die privatrechtlichen Beziehungen der durch private Organisationen geregelten Wirtschaft die Grundsätze des bürgerlichen Rechts maßgebend sein sollen und daß für die kartellrechtlichen Streitigkeiten dieser Art unter Aufhebung der besonderen Kartellgerichtsbarkeit die ordentlichen Gerichte zuständig sein sollen, gegebenenfalls unter Konzentration der Rechtsprechung auf bestimmte Oberlandesgerichte. Die derzeitige Regelung der fristlosen Kündigung aus wichtigem Grunde sei zu ändern, die Präventivjuris für Sperren aufzuheben.

Hierzu ist zu sagen: Der Kernpunkt dieser Vorschläge liegt in der Beseitigung des Kartellgerichts als eines in der Not der Inflation geborenen Sondergerichts, dessen Charakter als unabhängiges Gericht wegen der Mitwirkung von Interessenträgern stark angefochten ist und bei dem das Fehlen einer zweiten Instanz als besonderer Mangel empfunden wird. Seine Zuständigkeiten sollen, soweit sie verwaltungsrechtlicher Art sind, auf das Reichswirtschaftsministerium, und soweit sie privatrechtlicher Art sind, auf die ordentlichen Gerichte übertragen werden. Als Rechtsgarantie gegen die Verwaltungsanordnungen des Reichswirtschaftsministeriums ist die Berufung an das Reichsverwaltungsgericht als Korrelat des modernen Grundgesetzes der gleichmäßigen Verwaltung vorgesehen.

Der Sinn des Beschlusses ist dahin gekennzeichnet worden, daß die Maßnahmen des Ministers ausschließlich einer verwaltungsrechtlichen, nicht aber auch einer kartellpolitischen Kontrolle durch das Reichsverwaltungsgericht unterworfen sein sollen, daß somit nur die rechtliche Zulässigkeit des Verwaltungsaktes, nicht auch dessen Zweckmäßigkeit der Nachprüfung unterliegen solle; damit seien die kartellpolitischen Maßnahmen des Ministers in ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung jeder richterlichen Nachprüfung völlig entzogen, und für sie bestehe daher nur die Verantwortlichkeit des Ministers dem Reichstag gegenüber. Als positives Ergebnis läßt sich ferner aus der Resolution die Tatsache ableiten, daß an dem grundsätzlichen Recht des Staates auf Kartellaufsicht und damit an der Zulässigkeit der Beschränkung der Vertragsfreiheit festgehalten wurde, und daß eine klare Scheidung der kartellrechtlichen Maßnahmen nach der öffentlich-rechtlichen Seite (Zuständigkeit der staatlichen Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit) und nach der privatrechtlichen Seite (Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte) verlangt wurde. Damit ist aber das Problem einer Teilung unseres Rechts in ein öffentliches und privates Recht, die sich aus der herrschenden Rechtsystematik mit ihren historisch-dogmatischen Bindungen erklärt und die durch die neuere Rechtsentwicklung (vgl. z. B. die Regelung der Arbeitsgerichtsbarkeit mit der Übertragung der Entscheidung auch über öffentlich-rechtliche Normen an die bürgerlichen Gerichte) sowie ins Besondere in der Trennung der beiden Rechtsgebiete und damit an der hierdurch bedingten verschiedenen Zuständigkeitsregelung festhalten, so ist dem Vorschlag des Juristentag hinsichtlich der Übertragung der Streitigkeiten über Kartellkündigungen an die ordentlichen Gerichte jedenfalls der Einwand entgegenzusetzen, daß



**Arthur Voelbling** 80 Jahre alt. Der ehemalige Professor der Geschichte und Literaturgeschichte an der Technischen Hochschule in Karlsruhe, Prof. Dr. Arthur Voelbling, feierte am Donnerstag seinen 80. Geburtstag. Voelbling wurde in St. Petersburg geboren und hat insbesondere als Shakespeare-Forscher sich einen großen Namen gemacht. Noch vor ganz kurzer Zeit hat er eine außerordentlich beachtenswerte Streitschrift gegen Gundolf Shakespeare verfasst. Auch in der Politik und im Wirtschaftsleben ist er hervorgetreten. Er ist für die Einführung des Kilometerheftes eingetreten, die ihm schließlich zu danken war. Der greise Gelehrte lebt jetzt auf seinem Landgut in Oberjasbach.

**Um den Etat der Rotgemeinschaft.** Die Preussische Akademie der Wissenschaften nimmt in einer Denkschrift Stellung zu den Kürzungen am Etat der Rotgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Sie verlangt vom Reichstag die Bewilligung eines Nachtragsetats in Höhe der gestrichenen Million, da die Stellung Deutschlands im Kreise der Kulturvölker nur durch die Mittel der Rotgemeinschaft zu erhalten sei. Der Buchhändler-Vereinsrat hat eine Eingabe an den preussischen Landtag gerichtet, in der er sich gegen die im diesjährigen preussischen Haushaltsetat erfolgte Herabsetzung der Fördermehrfachfonds für die staatlichen Bibliotheken wendet.

## Badische Lichtspiele

**Konzerthaus**  
Freitag, den 31. Mai bis Mittwoch, den 5. Juni  
jeweils 20,15 Uhr Sonntags nur 16 Uhr,  
Mittwoch, auch 16 Uhr

**Heut spielt der Strauss**

Vom kleinen Musikantensohn zum Walzerkönig  
Die Geburt des Donauwalzers — Eine Apotheose der Musik

Johann Strauss: Alfred Abel  
Im Beiprogramm: Kunstschatze des Vatikans  
MUSIKBEGLEITUNG  
Kartenvorverkauf: Musikhaus Fr. Müller, Kaiserstr.  
u. im Büro: Klapprechtstr. 1. (9—1 u. 3—4.30 Uhr)  
Jugendliche haben Zutritt

## Die Belegung des zweiten städt. Kreisbezirks in Freiburg.

Kaminfegermeister Jakob de Petris, Inhaber des II. städt. Kreisbezirks in Freiburg, ist am 10. d. M. gestorben. Die Neubesetzung dieses Bezirks fällt daher nötig.

Der Bezirk umfasst den Häuserblock, der begrenzt wird durch die Südseite der Ludwigstraße und deren Aufstufung über den Schloßberg, die Ostseite der Kaiserstraße, die Dreifam, die Westseite der Schwabentorstraße, die Nordseite der Kartäuserstraße und die Ostseite der Fabrikstraße bis zur Dreifam, dann diese bis zur Gemarkungsgrenze.

Bewerbungen um diese Stelle sind bei uns binnen 4 Wochen einzureichen. Hierbei sind Namen, Geburts- und Wohnort, Alter, Familienverhältnisse, Vorbildung und Tätigkeit seit dem Zeitpunkt der Prüfung anzugeben.

Der Bewerbung sind in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift beizulegen:

1. Das Geburtszeugnis,
2. das Zeugnis über die bestandene Prüfung,
3. ein polizeiliches Leumundzeugnis,
4. Zeugnisse über die Beschäftigung seit dem Zeitpunkt der Prüfung,
5. ein bezirksärztliches Zeugnis über die für die Ausübung der Tätigkeit erforderliche Gesundheit und körperliche Nüchternheit.

Bewerbungen, welche innerhalb der Bewerbungsfrist nicht vollständig, also nicht mit sämtlichen vorgeschriebenen Angaben und Anlagen, eingereicht werden, dürfen bei Zuteilung des Kreisbezirks nicht berücksichtigt werden.

Freiburg, den 21. Mai 1929.  
Bad. Bezirksamt.

## Bekanntmachung.

Die zum 1. April d. J. mit der Stadt Karlsruhe vereinigte und bisher zum Finanzamt Karlsruhe-Land gehörige Gemeinde Wulach ist mit Wirkung vom 1. Juni d. J. dem Bezirk des Finanzamts Karlsruhe-Stadt zugeleitet worden.

Die Pflichten im Stadtteil Wulach werden ersucht, ihre Steuern und Abgaben vom 1. Juni an bis auf weiteres unter der bisherigen Steuer- bzw. Sollbuchnummer an die Finanzkasse Karlsruhe-Stadt (Postfachkonto Karlsruhe 75808, Girokonto bei der Städt. Sparkasse 2950, Reichsbank Girokonto) zu bezahlen.

Karlsruhe, den 29. Mai 1929.  
Finanzamt-Stadt.

## Staatstechnikum Badische Höhere Technische Lehranstalt

Karlsruhe, Volkfeststraße 9.  
Anmeldungen zum Besuch der Anstalt im bevorstehenden Winter-Studienhalbjahr sind spätestens bis zum 15. Juni 1929 an die Direktion schriftlich zu richten.

Aufnahme- und Nachprüfungen finden am 14., 15. u. 16. Oktober 1929 statt.

Die Einweisung der Studierenden ist am **Donnerstag, den 17. Oktober 1929, 10 Uhr.**

Der Unterricht wird **Donnerstag, den 17. Oktober 1929, 14 Uhr.** eröffnet.

Alles Nähere ist aus dem Programm ersichtlich, das gegen Voreinsendung einer Gebühr von 50 Pf. zugänglich Porto erhältlich ist.

Karlsruhe, im Mai 1929.

Die Direktion:  
gez. V. d. S.

## Gemeinderundschau

### Lockerung der Zwangswirtschaft in Karlsruhe

In seiner letzten Sitzung hat sich der Stadtrat Karlsruhe eine wesentliche Erleichterung in der Wohnungszwangswirtschaft beschließen, die in der Hauptsache darin besteht, daß der Hauseigentümer künftig über eine freierwerbende sechs- oder Mehrzimmervohnung wie in der Vorkriegszeit wieder ganz wie er will, verfügen kann. Der schriftlichen Genehmigung bedarf künftig nur noch die Vermietung von unmobilierten Wohnungen von mindestens zwei und höchstens fünf Zimmer, die vor dem 1. Juli 1918 erstellt worden sind, und am 1. Oktober 1914 nicht gewerblichen Zwecken dienen. Eine Genehmigungsgebühr wird nicht mehr erhoben. In den Stadtteilen Miltheim, Bulach, Ruppurr und Darlanden ist die Vermietung aller Wohnungen nicht mehr genehmigungspflichtig. Die Abbaumahnahme erfolgte im Hinblick auf das reichliche Angebot an großen Wohnungen, sie ist schon seit geraumer Zeit in Aussicht genommen worden.

Der Bürgerausschuß Singen a. S. genehmigte den Voranschlag in der vom Gemeinderat vorgeschlagenen Form. Dagegen stimmten die Kommunisten und ein Teil der Sozialdemokraten. Der Voranschlag, der einen ungebeten Aufwand von 519 000 M hat, sieht die gleichen Umlagesätze wie im Vorjahre vor.

**Bürgermeisterversammlung.** In Warldorf fand eine Bürgermeisterversammlung des Bezirkes Überlingen statt, die sich u. a. auch mit den Landwirtschaftskammerwahlen befaßte, wobei festgestellt wurde, daß bei der Aufstellung der Wahllisten im Landeskommissarbezirk Konstanz die Amtsbezirke Konstanz, Stodach, Fullendorf und Überlingen künftighin in der Landwirtschaftskammer nicht vertreten sind. Die 45 anwesenden Gemeindevertreter des Amtsbezirkes Überlingen faßten einstimmig eine harte Resolution, in der gegen diese Zurücksetzung protestiert und verlangt wird, daß zum mindesten ein Sachverständiger in den Ausschuß für Obbau aus dem Bezirk Überlingen hinzugeführt wird.

Der Furtwanger Bürgerausschuß genehmigte mit 54 gegen 8 Stimmen den Voranschlag. Der Voranschlag schließt auf der Einnahmenseite mit 343 205 M, auf der Ausgabenseite mit 464 102 M ab, so daß ein ungebetener Aufwand von 120 897 Reichsmark überbleibt, der durch die Umlage gedeckt werden muß. Die Umlage beträgt für je 100 M Steuerwert 108 Pf. vom Grundvermögen, 44 Pf. vom Betriebsvermögen und 540 Reichspfennig vom Gewerbevermögen.

Die rauchenden Kreisläufe. Das Rauchen soll die Gemütsheiligkeit fördern und befruchtend selbst auf den Cholericer wirken. Darum fand die Kreisversammlung in Heilbronn vom letzten Samstag unter dem Zeichen der Raucherlaubnis.

# LEIPHEIMER Seide

# & MENDEL

## Wollmuslin

## Voile

in enormer Auswahl

## Bezirkssparkasse Staufen.

(Öffentliche Verbandssparkasse)

### Bilanz auf 31. Dezember 1928

Vermögen:		Verbindlichkeiten:	
Kassenbestand	21 566,40	Spareinlagen	2 096 265,90
Guthaben bei Banken und Postkassen	18 587,74	Giro- und Kontokorrenteinlagen	164 623,38
Betriebskapital bei der Girozentrale	71 500,—	Anleihen bei Girozentralen	123 573,22
Wechsel	49 041,10	Reichsbankkredite	270 911,37
Wertpapiere	2,—	Aufwertungsverrechnungsfondo	134 141,03
Darlehen in laufender Rechnung an Private	946 320,78	Rücklagen früherer Jahre	94 375,59
Darlehen gegen Schuldscheine	320 100,91	Reingewinn im laufenden Jahre	32 642,17
Darlehen an Gemeinden	240 007,09		
Darlehen gegen Hypothek	1 098 149,37		
Grundstückkaufgelder	44 580,—		
Einnahmerückstände	87 074,17		
Gebäude und Grundstücke	14 777,90		
Gerätschaften	4 825,20		
	<b>2 916 532,66</b>		<b>2 916 532,66</b>

### Errechnung der Rücklage:

Die satzungsgemäße Rücklage hat zu betragen:	360
8% aus 2 260 889,28 RM	= 180 871,15 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928	= 127 017,76
Somit fehlen zur Rücklage	= 53 853,39 RM

Staufen, den 26. März 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:  
Leberle.

Der Geschäftsleiter:  
Gangwisch.

## Öffentliche Sparkasse Odenheim.

### Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
1. Kassenbestand einschl. Postkassen	1 815,06	Spareinlagen:	
2. Guthaben bei Girozentralen	2 968,89	1. Neue Einlagen	144 671,09
3. Betriebskapitalkonto	4 050,93	2. Aufwertungs-einlagen	190 923,98
4. Darlehen auf Hypothek	28 080,69	3. Giro- und Kontokorrent-einlagen	9 783,39
5. Darlehen auf Schuldscheine	33 990,74	4. Anleihenkapital	50 000,—
6. Darlehen auf Wechsel	435,—	5. Reingewinn i. Jahre 1928	10 141,17
7. Darlehen in laufender Rechnung	165 948,12		
8. Einnahmerückstände	14 990,64		
9. Gerätschaften	761,90		
10. Aufwertungsfordernungen auf Hypotheken Schuldscheine und Wertpapiere	181 236,55		
11. Zuschußforderung an die bürgende Gemeinde aus Aufwertung	21 243,16		
	<b>406 519,58</b>		<b>406 519,58</b>

Odenheim, den 28. Mai 1929.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:  
Bogel, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:  
Gelmring.

Drud. G. Braun, Karlsruhe

### Arbeitsvergebung.

Nacharbeiten für den Neubau eines Finanzamtsdiengebäudes an der Simmerstraße in Forzheim, und zwar:

- a. Zimmer, b. Dachdecken und c. Blecharbeiten

- a. ca. 116 cbm Bauholz, b. ca. 1420 qm Dachfläche (Ziegelbelag), c. ca. 220 lfd. m Dachrinne, ca. 112 lfd. m Abfallrohre (Zink).

Zeichnungen, Bedingungen, Angebotsvordrucke vom 3.—8. Juni 1929 an Werktagen von 9—12 Uhr beim Bezirksbauamt Karlsruhe, Stephanienstr. 28, Flügel Seminarstraße Erdgeschoss und vom 3.—13. Juni von 9—10 Uhr im Baubüro des Finanzamts Forzheim, Zernerstraße 57. Kein Verkauf von Zeichnungen und Unterlagen nach auswärtig.

Angebotseröffnung am 14. Juni 1929 von vorm. 10 Uhr ab (siehe Angebot) im Sitzungszimmer des Finanzamts Forzheim-Stadt. Angebote verschlossen, postfrei und durch Aufschrift gekennzeichnet sind zu richten bis 13. Juni 6 Uhr abends an Baubüro Finanzamt Forzheim, Zernerstraße 57, oder vor Beginn der Angebotseröffnung im Sitzungszimmer Finanzamt Forzheim-Stadt abzugeben.

Zuschlagsfrist 3 Wochen. Karlsruhe, 31. Mai 1929. Bezirksbauamt.

### Badisches Landestheater

Freitag, 31. Mai  
\*F. 28 (Freitagmiete),  
Fh.-Genr. 801—900  
und 1001—1100

### Gesellschaft

Schauspiel von Galsworthy

Regie: Baumbach  
Mitwirkende:  
Bertram, Ernart, Müller,  
Baumbach, Portfeld,  
Brand, Dahlen, Graf,  
Detz, Höder, Jutz, Kien-  
schner, Klobie, Luther,  
Wegner, Müller, Prüter,  
Schulze

Anfang 20 Ende 22  
Preise A (0,70—5 RM)  
\*A 27

### Zum erstenmal

### Der Dreispitz

Ballet von G. Martin,  
Sierra Musik von Manuel  
de Falla  
Musikalische Leitung:  
Schwarz

Regie und Choreographie:  
Harald Joseph Fürstenau  
Mitwirkende: Fürstenau,  
das Ballet, die Ballettschule.

### Coppelia

Ballet von Leo Delibes  
Bearbeitung von  
Harald Josef Fürstenau  
Musikalische Leitung:  
Schwarz

Regie und Choreographie:  
Harald Joseph Fürstenau,  
Mitwirkende: Fürstenau,  
das Ballet, die Ballettschule.

Anfang 20 Ende geg. 22  
Preise C (1—7 RM)

**Rudolstädter Geldlotterie**  
Ziehung garantiert 4.—6. VI.  
Höchstgewinn auf 1 Doppellos RM.  
**50000**  
Höchstgewinn auf 1 Einzellos RM.  
**25000**  
Gesamtgewinn bar ohne Abzug RM.  
**112000**  
Einzellos 1 RM., Doppellos 2 RM.  
Porto und Liste 40 Pf.  
**STÜRMER** Mannheim  
0 7, 11  
Postsch.-Konto 17043 K'ruhe  
und alle Verkaufsstellen

**Colossum**  
Täglich 8 Uhr  
Ich küsse  
Ihre Hand  
Madame!  
Ein Spiel  
von Liebe u. Lenz

## Auch Torpedo-Fahrräder

erhalten Sie bei geringer Anzahlung und kleinen Raten bei  
**EBERT, Karlstraße 36**